



**B10-0208/2024 }
B10-0209/2024 }
B10-0210/2024 }
B10-0211/2024 }
B10-0212/2024 } RC1**

27.11.2024

GEMEINSAMER ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht gemäß Artikel 150 Absatz 5 und Artikel 136 Absatz 4 der
Geschäftsordnung

anstelle der folgenden Entschließungsanträge:

B10-0208/2024 (Verts/ALE)

B10-0209/2024 (Renew)

B10-0210/2024 (PPE)

B10-0211/2024 (S&D)

B10-0212/2024 (ECR)

zu Hongkong, insbesondere den Fällen von Jimmy Lai und den 45 Aktivisten,
die vor Kurzem gemäß dem Gesetz über die nationale Sicherheit verurteilt
wurden
(2024/2950(RSP))

**Sebastião Bugalho, Miriam Lexmann, David McAllister, Željana Zovko,
Andrey Kovatchev, Isabel Wiseler-Lima, Danuše Nerudová, Jan Farský,
Luděk Niedermayer, Vangelis Meimarakis, Nicolás Pascual de la Parte,
Davor Ivo Stier, Ingeborg Ter Laak, Michał Wawrykiewicz, Jessica
Polfjärd, Mirosława Nykiel, Inese Vaidere**

RC\1311117DE.docx

PE766.522v01-00 }
PE766.523v01-00 }
PE766.524v01-00 }
PE766.525v01-00 }
PE766.526v01-00 } RC1

im Namen der PPE-Fraktion

Yannis Maniatis, Francisco Assis, Chloé Ridel, Pina Picierno

im Namen der S&D-Fraktion

Joachim Stanislaw Brudziński, Adam Bielan, Mariusz Kamiński, Charlie Weimers, Veronika Vrecionová, Beatrice Timgren, Dick Erixon, Malgorzata Gosiewska, Ondřej Krutílek, Waldemar Tomaszewski, Ivaylo Valchev, Sebastian Tynkkynen, Michał Dworczyk, Alexandr Vondra, Assita Kanko

im Namen der ECR-Fraktion

Engin Eroglu, Petras Auštrevičius, Malik Azmani, Dan Barna, Helmut Brandstätter, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Svenja Hahn, Karin Karlsbro, Ľubica Karvašová, Moritz Körner, Ilhan Kyuchyuk, Nathalie Loiseau, Jan-Christoph Oetjen, Urmaz Paet, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Hilde Vautmans, Lucia Yar

im Namen der Renew-Fraktion

Erik Marquardt, Markéta Gregorová

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließung des Europäischen Parlaments zu Hongkong, insbesondere den Fällen von Jimmy Lai und den 45 Aktivisten, die vor Kurzem gemäß dem Gesetz über die nationale Sicherheit verurteilt wurden (2024/2950(RSP))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine vorherigen Entschlüsse zu Hongkong und zu China,
 - gestützt auf Artikel 150 Absatz 5 und Artikel 136 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass sich die Lage in Bezug auf die Grundfreiheiten und die Rechtsstaatlichkeit in Hongkong nach der Einführung des Gesetzes über die nationale Sicherheit (National Security Law – NSL) und der Verordnung über den Schutz der nationalen Sicherheit (Safeguarding National Security Ordinance – SNSO) verschlechtert hat; in der Erwägung, dass China gegen die chinesisch-britische gemeinsame Erklärung und die chinesisch-portugiesische gemeinsame Erklärung, den Grundsatz „Ein Land, zwei Systeme“ und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte verstoßen hat; in der Erwägung, dass mehr als 200 Personen unter Berufung auf das Gesetz über die nationale Sicherheit festgenommen worden sind;
- B. in der Erwägung, dass Jimmy Lai seit 2020 wegen fingierter Anklagen inhaftiert ist; in der Erwägung, dass das Gerichtsverfahren gegen ihn nach mehreren Aufschüben im Jahr 2023 begonnen hat; in der Erwägung, dass ihm wegen dieser Anschuldigungen, die er von sich weist, eine lebenslange Freiheitsstrafe droht; in der Erwägung, dass seinem britischen Anwalt nicht gestattet wurde, ihn vor Gericht zu vertreten;
- C. in der Erwägung, dass 45 prodemokratische Politiker, politisch engagierte Bürger und Journalisten in dem unter der Bezeichnung „Hongkong 47“ bekannt gewordenen Fall wegen Staatsgefährdung verurteilt wurden, weil sie inoffizielle Vorwahlen organisiert hatten; in der Erwägung, dass es sich bei ihren Gerichtsverfahren um die bislang größten Prozesse auf der Grundlage des Gesetzes über die nationale Sicherheit handelt;
- D. in der Erwägung, dass politische Gefangene in Hongkong während ihrer langen Untersuchungshaft harten Haftbedingungen ausgesetzt sind, die häufig ihre Gesundheit beeinträchtigen, wie es bei dem 76-jährigen Jimmy Lai der Fall ist, der an Diabetes erkrankt ist und dem als gläubigem Katholiken im Gefängnis das Recht auf Empfang der heiligen Kommunion verweigert wird;
- E. in der Erwägung, dass unabhängige Medien in Hongkong gezwungen wurden, ihre Tätigkeit einzustellen, und dass zwei Journalisten der inzwischen kaltgestellten Medien, Chung Pui-Kuen und Patrick Lam, wegen „umstürzlerischer Publikationen“ schuldig gesprochen wurden; in der Erwägung, dass Hongkong in der Rangliste der Pressefreiheit deutlich abgesackt ist;
1. verurteilt die Schuldsprüche gegen prodemokratische Aktivisten wegen Anklagen auf der Grundlage des Gesetzes über die nationale Sicherheit, die einen Verstoß gegen das

Völkerrecht darstellen; fordert die Aufhebung des Gesetzes über die nationale Sicherheit und der Verordnung über den Schutz der nationalen Sicherheit; verurteilt die Verschlechterung der Lage in Bezug auf die Grundfreiheiten in Hongkong;

2. fordert die Regierung Hongkongs nachdrücklich auf, alle prodemokratischen Aktivisten, einschließlich Jimmy Lai und Chung Pui-Kuen, unverzüglich und bedingungslos freizulassen und alle gegen sie erhobenen Anklagen fallenzulassen;
3. verurteilt die extraterritoriale Anwendung des Gesetzes über die nationale Sicherheit und die zunehmenden grenzüberschreitenden Repressionen durch die staatlichen Stellen von Hongkong und China, die sich gegen Exil-Gemeinschaften in der EU richten; fordert die Mitgliedstaaten auf, Auslieferungsabkommen mit Hongkong und China auszusetzen;
4. fordert den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und die Mitgliedstaaten auf, China eindringlich darauf hinzuweisen, dass sein Vorgehen in Hongkong Konsequenzen für die Beziehungen zwischen der EU und China haben wird; fordert den Rat auf, seine Schlussfolgerungen von 2020 zu Hongkong zu überprüfen und gezielte Sanktionen gegen John Lee und andere für Menschenrechtsverletzungen verantwortliche Amtsträger von Hongkong und China zu verhängen, die zollrechtliche Begünstigung von Hongkong aufzuheben und den Status des Hongkonger Wirtschafts- und Handelsbüros in Brüssel zu überprüfen; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ein Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof gegen die Entscheidung Chinas anzustrengen, Hongkong und Macau das Gesetz über die nationale Sicherheit aufzuzwingen;
5. fordert einen EU-Fonds für den Rechtsbeistand zur Unterstützung von Demokratiebefürwortern in Hongkong und fordert das EU-Büro in Hongkong auf, verstärkt Häftlinge in Gefängnissen zu besuchen und Gerichtsprozesse zu beobachten sowie eine Anlaufstelle für Menschenrechte einzurichten;
6. fordert Hongkong auf, Journalisten eine freie Berichterstattung zu ermöglichen, und fordert den EAD nachdrücklich auf, sich für die Pressefreiheit in Hongkong einzusetzen;
7. beauftragt seine Präsidentin, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission und der Sonderverwaltungsregion Hongkong zu übermitteln.